

## **21. Sitzung**

am Donnerstag, dem 21. April 2005

---

### **Inhalt**

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung .....	743
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung .....	743

#### **Fragestunde**

<b>1. Zukunft der KTH-Standorte in Osterholz-Tenever</b> Anfrage der Abgeordneten Crueger, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. April 2005 .....	744
<b>2. Künftige Nutzung der Turnhallen Gottfried-Menken-Straße und Kornstraße für den Vereinssport</b> Anfrage der Abgeordneten Pohlmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 13. April 2005 .....	747

<b>Aktuelle Stunde</b> .....	749
------------------------------	-----

<b>Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 148. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen-Osterholz südlich Osterholzer Heerstraße (Hausnummern 79 A bis 83) und westlich Schmidt-Barrien-Weg (Bebauungsplan 2322)</b> Mitteilung des Senats vom 5. April 2005 (Drucksache 16/307 S) .....	749
---	-----

<b>Überseestadt zukunftsorientiert entwickeln</b> Mitteilung des Senats vom 5. April 2005 (Drucksache 16/308 S)	
---	--

**Überseestadt - Konzentration auf Entwicklungskerne statt Gewerbeflächen-Vorratshaltung**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 19. April 2005  
(Drucksache 16/312 S)

**Überseestadt gezielt entwickeln**

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU  
vom 20. April 2005  
(Drucksache 16/314 S)

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .....	750
Abg. Dr. Sieling (SPD) .....	752
Abg. Focke (CDU) .....	754
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .....	756
Bürgermeister Dr. Gloystein .....	756
Senator Eckhoff .....	757
Abstimmung .....	758

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 32 vom 5. April 2005**

(Drucksache 16/310 S) .....	758
-----------------------------	-----

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Emigholz, Gerling, Herderhorst, Jägers, Dr. Schuster.

**Präsident Weber**

**Vizepräsidentin Dr. Mathes**  
**Vizepräsident Ravens**

**Schriftführerin Arnold-Cramer**  
**Schriftführerin Bösch**

---

Bürgermeister **Dr. Gloystein** (CDU), Senator für Wirtschaft und Häfen  
und für Kultur

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)

---

Staatsrat **Lühr** (Senator für Finanzen)

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung um 11.17 Uhr.

**Vizepräsident Ravens:** Die 21. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse recht herzlich.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Überseestadt-Konzentration auf Entwicklungskerne statt Gewerbeflächenvorrathaltung, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. April 2005, Drucksache 16/312 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Besteht der Wunsch, das zu begründen? - Das ist nicht der Fall.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt mit dem Tagesordnungspunkt fünf zu verbinden.

Die Stadtbürgerschaft ist einverstanden.

2. Überseestadt gezielt entwickeln, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 20. April 2005, Drucksache 16/314 S.

Auch hier muss das Plenum zunächst gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung über die Dringlichkeit des Antrags abstimmen.

Besteht der Wunsch der Begründung der Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt auch hier einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt ebenfalls mit Tagesordnungspunkt fünf zu verbinden.

Ich stelle Einverständnis fest.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

**Kleine Anfragen gemäß § 29 Absatz 2 der Geschäftsordnung**

1. Kooperation von Ganztagschulen mit Kindergruppen und Kindertagesstätten  
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 22. Februar 2005  
Dazu  
Antwort des Senats vom 12. April 2005  
(Drucksache 16/311 S)
2. Verkehrsüberwachung in Tempo-30-Zonen  
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. März 2005  
Dazu  
Antwort des Senats vom 19. April 2005  
(Drucksache 16/313 S)
3. Perspektive Bauamt Bremen-Nord  
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. März 2005  
Dazu  
Antwort des Senats vom 5. April 2005  
(Drucksache 16/309 S)
4. Finanzielle Förderung des Zentrums für Kognitionswissenschaften, ZKW, der Universität Bremen  
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. März 2005

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, den Tagesordnungspunkt drei, Handlungskonzept für eine Bürgerstadt, Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 21. Januar 2005, Drucksache 16/291 S, auszusetzen.

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit der interfraktionellen Absprache einverstanden.

(Einstimmig)

### Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zwei frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Zukunft der KTH-Standorte in Osterholz-Tenever**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Crueger, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Entwicklung der Kinderzahlen im Alter zwischen drei und sechs Jahren erwartet der Senat für den Ortsteil Tenever in den kommenden Jahren?

Zweitens: Welche Planungen liegen dem Senat über die weitere Entwicklung von Grundschulstandorten im Ortsteil Tenever vor?

Drittens: Welche Auswirkungen ergeben sich aus Erstens und Zweitens auf die weitere Entwicklung der örtlichen Kindertagesheime und speziell auf den Neubau des Standorts Andernacher Straße?

**Vizepräsident Ravens:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

**Senatorin Röpke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Auswertung und Fortschreibung der EMA-Datei, Stand 1. Januar 2005, macht deutlich, dass die Kinderzahlen im Ortsteil Tenever abnehmen. Für den Zeitraum vom 1. Januar 2005 bis zum 1. Januar 2008 ist ohne Wanderungsbewegung und Neubautätigkeit mit einem Rückgang der Zahl der drei- bis sechsjährigen Kinder von 416 auf 319, also im Saldo um 97 Kinder, zu rechnen.

Für den Stadtteil Osterholz macht der Rückgang 230 Kinder dieser Altersgruppe aus.

Zu Fragen zwei und drei: Der prognostizierte Schüllerrückgang im Ortsteil Tenever erfordert Entscheidungen über die Verwendung gegebenenfalls entstehender zukünftiger Raumüberhänge beziehungsweise organisatorische Maßnahmen zur langfristigen Sicherung der beiden Grundschulstandorte Andernacher Straße und Pfälzer Weg.

Hieraus folgt, dass eine Zusammenarbeit von Soziales - KTH - und Bildung - Grundschule - unter einem Dach denkbar wäre, das heißt, die Unterbringung von einzelnen KTH-Gruppen im Schulbereich ist grundsätzlich auch unter konzeptionellen Gesichtspunkten in die Raumplanungen für KTH einzubeziehen.

Im Hinblick auf den zurzeit noch in der Planung befindlichen Wiederaufbau des KTH Andernacher Straße hält der Senat es für erforderlich, dass der Rückbau von Wohnraum im Ortsteil Tenever, der weitere Rückgang der Schülerzahlen und die damit verbundene Schulraumentwicklung in Tenever sowie die Aktualisierung und Fortschreibung der jüngsten Einwohnermeldedaten zu einer erneuten kritischen Prüfung der Planungen für das KTH Andernacher Straße führen müssen. Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales wird hierzu eine mit dem Stadtteil entwickelte Planung vorlegen, die mittelfristig vertretbare Nutzungskonzepte unter Einbeziehung aller bestehenden Räumlichkeiten beinhaltet. - Soweit die Antwort des Senats!

**Vizepräsident Ravens:** Besteht der Wunsch einer Zusatzfrage? - Bitte, Herr Crueger!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, bis wann soll die Planung des Amtes für Soziale Dienste im Hinblick auf die weitere Entwicklung im Stadtteil abgeschlossen sein, wann kann tatsächlich das Ergebnis in den Stadtteil kommuniziert werden?

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Wir haben das Ziel, das so schnell wie möglich zu einem möglichst konstruktiven Ergebnis mit dem Stadtteil zu bringen. Mein Ziel ist es, wenn es gelingt, mit dabei sind jetzt natürlich auch noch viele Akteure, das möglichst bis Ende Mai abzuschließen. Wir müssen auf jeden Fall die Planung so rechtzeitig in Gang setzen, wie auch immer die Lösung aussehen wird, dass das Kindergartenjahr im nächsten Jahr, also 2006/2007, dann auch erreicht werden kann, dass

dann die Konzeption umgesetzt ist und dass das Ergebnis dann auch in Realität im Stadtteil angekommen ist.

**Vizepräsident Ravens:** Wünschen Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Crueger!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, entspricht es auch Ihrer Kenntnis, dass, wenn eine Entscheidung bis zum Mai oder aller spätestens Juni in diesem Jahr fallen sollte, es dann auch immer noch die Möglichkeit gäbe, den KTH-Standort Andernacher Straße, wie bislang angedacht, rechtzeitig fertigzustellen mit allen baulichen Maßnahmen bis zum Kindergartenjahr 2006/2007?

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Wenn das die Lösung sein sollte, wie auch immer sie dann ausgestaltet sein sollte, wäre auch das möglich.

**Vizepräsident Ravens:** Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Crueger!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, teilen Sie die grundsätzliche Einschätzung, dass es zwischen den momentanen Kinderzahlen im Ortsteil Tenever und dem, was an mittel- und langfristiger Zielperspektive im Rahmen des Umbauprojektes angestrebt wird, insofern eine Diskrepanz gibt, als dass gehofft wird, nach Abschluss aller Umbaumaßnahmen wieder steigende Kinderzahlen und wieder neue Zuzüge auch verzeichnen zu können?

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Sie meinen mit Umbaumaßnahmen das Sanierungskonzept Tenever?

(Abg. Crueger [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Das ist natürlich unser aller Hoffnung, dass die Sanierung greift und der Stadtteil dann auch an Attraktivität durch dieses Sanierungskonzept gewinnt. Ob das aber dann tatsächlich und mit welchen Zahlen von Zuzügen eintritt, kann heute sicherlich niemand beantworten. Das ist das Ziel, und es wird alles dafür getan, dass das auch greift. Insofern müssen wir mit ganz vielen Risiken leben, was die Entwicklung von Tenever betrifft.

**Vizepräsident Ravens:** Möchten Sie eine weitere Zusatzfrage stellen? - Bitte, Herr Crueger!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, wir sind uns dann aber insofern einig, dass es im momentanen Stadium gewisser Über-

brückungsmaßnahmen bedürfen könnte, um dann nach Abschluss des Rückbaus idealerweise auch wieder eine steigende Kinderzahl und Zuzüge verzeichnen zu können, was im Moment nicht der Fall ist, aber dass man auch schon jetzt planen muss mit eventuell dann wieder mittel- und langfristig ansteigenden Zahlen?

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Wir müssen alle Optionen offen halten. Wir hatten auch damals, als wir gemeinsam die Entscheidung für den Wiederaufbau getroffen haben, schon in diese Richtung gedacht, weil eben nicht voraussehbar ist, wie sich das im Weiteren entwickelt. Deshalb haben wir „multifunktional“ zum Beispiel als Ansatz gewählt. Das kann ich mir gut vorstellen. Wenn wir die verschiedenen Projekte, die auch damit zusammenhängen - zum Beispiel ist das Jugendcafé auch noch eine Frage, die ungeklärt ist -, regeln wollen, ist eine hohe Flexibilität notwendig, damit wir da nicht etwas verfestigen und dann eine Entwicklung, die vielleicht positiver verläuft, als wir das jetzt in den Daten erkennen können, nicht auffangen können.

**Vizepräsident Ravens:** Es besteht der Wunsch einer weiteren Zusatzfrage durch die Kollegin Speckert. - Bitte sehr!

Abg. Frau **Speckert** (CDU): Frau Senatorin, können Sie uns sagen, wie viele Planungskosten bereits in das Projekt geflossen sind?

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Tut mir Leid, diese Frage kann ich jetzt nicht spontan beantworten. Ich bin aber gern bereit, Ihnen das bilateral zu geben.

(Abg. Frau Speckert [CDU]: Das wäre schön, denn es wäre ganz wichtig, denn wenn das Projekt nicht zustande kommt, würden diese Kosten trotzdem entstehen!)

**Vizepräsident Ravens:** Besteht der Wunsch einer weiteren Zusatzfrage? - Bitte schön!

Abg. Frau **Speckert** (CDU): Wenn dieser Kindergarten dort an Ort und Stelle nicht wieder aufgebaut wird in Tenever, wird denn dann in Tenever an einer anderen Stelle ein Kindergarten gebaut?

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Es wird auf jeden Fall sichergestellt, dass die Kinder, die einen Anspruch auf eine Erziehungsleistung im Kindergartenbereich haben in Tenever, diesen Anspruch auch erfüllt

bekommen. Das ist klar. Sie haben einen Rechtsanspruch darauf. Das setzen wir um, das stellen wir sicher. Wie dann diese Lösung genau aussehen wird, das ist jetzt genau die Aufgabe, vor der wir stehen, dass wir mit dem Stadtteil zusammen ein Konzept entwickeln wollen. Das ist das, was wir jetzt leisten müssen und auch wollen.

**Vizepräsident Ravens:** Eine weitere Zusatzfrage von dem Kollegen Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, können Sie schon nähere Pläne hier konkretisieren, zur Unterbringung in einer Schule hatten Sie etwas gesagt, wie das zumindest behelfsweise aussehen soll oder aussehen könnte?

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Ich bitte um Verständnis, Herr Rohmeyer, wir sind jetzt an dem Punkt angekommen, wo wir erst einmal gesagt haben, Planungsstopp, Denkpause! Wir müssen schauen, was in den Grundschulen passiert, da sind jetzt offensichtlich Raumkapazitäten im Überhang. Das müssen wir uns sehr genau ansehen. Auch alles, was im gesamten Stadtteil im KTH-Bereich, im Bereich Grundschulen in den nächsten Jahren an Entwicklung absehbar ist, muss man betrachten. Wir werden selbstverständlich die Entwicklung in der Schule, so steht es auch in der Antwort des Senats, und des KTH-Bereichs zusammen sehen. Ob das dann eine Lösung ist, das ist eine Option, aber wie das konkret aussehen wird, müssen wir, wie gesagt, jetzt erarbeiten.

**Vizepräsident Ravens:** Besteht der Wunsch einer weiteren Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, es kursiert im Stadtteil Tenever das Gerücht, dass zumindest Gruppen des KTH Andernacher Straße in der Grundschule Andernacher Straße untergebracht werden sollen, und zwar dort in einem oberen Stockwerk weiter hinten. Teilen Sie mit mir die Auffassung, dass, wenn man KTH und Grundschule zusammenfasst, man dann ein Gesamtkonzept entwickeln sollte und dass es nicht sein kann, dass dann der eine Bereich vom anderen Bereich, und möglichst noch weit hinten, wo es nicht groß auffällt, irgendwie untergebracht wird?

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Absolut! Wir müssen auch die inhaltliche Konzeption berücksichtigen und nicht nur die räumliche Not. Das muss insgesamt ein Konzept werden, also qualitativ und räumlich. Es ist auch nicht so, dass per se alle Räume, die jetzt irgendwie frei sind, für eine KTH-Nutzung zum

Beispiel geeignet sind. Das muss man sich sehr genau anschauen. Das ist aber auch so besprochen.

Sie wissen auch, es ist ja für den Stadtteil, für die Eltern eine ausgesprochen schwierige Situation, das ist mir sehr wohl bewusst, dass sehr viel erzählt wird auf der Gerüchteebene. Ich bitte doch alle sehr herzlich, diesen Planungsprozess erst einmal abzuwarten und dann das Ergebnis, das wir präsentieren werden, zu bewerten, ob es den Ansprüchen, die Sie jetzt formuliert haben, dann auch standhält!

**Vizepräsident Ravens:** Eine weitere Zusatzfrage von Frau Kollegin Reichert! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Eine kleine Anmerkung! Ich glaube, Gerüchte entstehen immer dann, wenn man nicht vernünftig informiert wird, deswegen also die Frage: Der Beirat Osterholz hat mehrfach ein Gesamtkonzept für den Stadtteil Osterholz hinsichtlich der KTH-Versorgung angemahnt. Ich weiß, dass auch der Ausschuss Nachbesserung das noch einmal wieder angemahnt hat. Wann, gehen Sie davon aus, liegt diese Gesamtkonzeption vor, wann wird sie dem Beirat und möglichst nicht über die Presse zur Verfügung gestellt?

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Liebe Frau Reichert, Sie wissen auch, dass wir immer nur bedingt in der Hand haben, wann die Presse welche Informationen von wem bekommt. Das ist nicht immer zu steuern, leider. Das würde ich mir auch anders wünschen. Wir haben dieses Gesamtkonzept in Arbeit, Andernacher Straße ist ein Teil dessen, und der gesamte Stadtteil wird jetzt noch einmal beurteilt, bewertet, und sobald dieses Gesamtkonzept vorliegt, werden wir es selbstverständlich auch dem Beirat vorstellen.

**Vizepräsident Ravens:** Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Reichert!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Ich gehe davon aus, dass wir spätestens im Herbst ein vernünftiges Gesamtkonzept für Osterholz vorliegen haben, denn, Sie können es ja noch einmal nachsehen, ich glaube, die Forderung des Beirats ist nicht nur ein Jahr alt, sondern schon etwas in die Jahre gekommen.

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Röpke:** Ja, natürlich! Ich kenne diese Forderung des Beirats. Wir sind auch mit dem Beirat in Kontakt. Es ist aber nicht ganz so einfach.

Es ist gerade auch von Herrn Crueger dargestellt worden, welche Parameter dem zugrunde gelegt werden müssen. Gerade auch die Entwicklung in Osterholz-Tenever zeigt, welche Schwierigkeiten wir haben, um eine zukunftssichere Planung zu machen. Das muss ja unser Ziel sein, eine Planung auf den Tisch zu legen, die nicht ein Jahr trägt, sondern die die nächsten 15 Jahre trägt. Das ist mein Ziel, und deswegen bitte ich um Geduld, dass wir wirklich die Chance haben, das auch so zu bewerten, dass wir mit den Trägern, mit dem Stadtteil gemeinsam eine gute Lösung finden.

**Vizepräsident Ravens:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Reichert?

(Abg. Frau Reichert [SPD]: Nein danke!)

Somit ist die erste Anfrage beantwortet.

Die zweite und damit letzte Anfrage der Fragestunde steht unter dem Betreff „**Künftige Nutzung der Turnhallen Gottfried-Menken-Straße und Kornstraße für den Vereinssport**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Pohlmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Vereinbarungen wurden mit dem BTS Neustadt getroffen, damit dieser die Sportangebote des Vereins auch nach der Kündigung beider Sporthallen zum 31. Juli 2005 fortsetzen kann?

Zweitens: Wie bewertet der Senat das Angebot des Sportvereins, die Halle Gottfried-Menken-Straße, für die ihm von der Stadt ein vorrangiges Nutzungsrecht eingeräumt wurde, gemeinsam mit der Gewoba zu übernehmen?

Drittens: Welche - unter anderem finanzielle - Regelung ist für den Fall vorgesehen, dass das Sportressort die Regie der Hallen vom Bildungsressort übernimmt?

**Vizepräsident Ravens:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Lühr.

**Staatsrat Lühr:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die beiden Sporthallen werden derzeit für den Schulsport und den Vereinssport

genutzt; der BTS Neustadt nutzt die Halle Gottfried-Menken-Straße, der ATS Buntentor die Halle Kornstraße. Der Senator für Bildung und Wissenschaft hat die Mietverträge für beide Schulsporthallen im März dieses Jahres zum 31. August 2005 gekündigt. Dem Kreissportbund und dem Landessportbund ist die Thematik schon seit längerem bekannt. Nach erfolgter Kündigung hat am 8. April 2005 ein Gespräch bei der GBI mit den beteiligten Ressorts und den Sportverbänden stattgefunden. Das Ergebnis war, dass die GBI dem Sportressort ein Anmietungsangebot zur befristeten Weiternutzung beider Hallen für die Zeit nach dem 31. August 2005 bis zur endgültigen Entscheidung über die weitere Verwertung der Gebäude unterbreiten wird. Zurzeit finden Gespräche zwischen den Beteiligten statt, um eine Lösung herbeizuführen und eine Vereinbarung zu schließen.

Die Sportverbände werden einen „Runden Tisch Neustadt“ organisieren. Ziel ist es, den Sport in der Neustadt neu zu organisieren. Hiervon ist sowohl der Schul- als auch der Vereinssport betroffen. Die neuen Ganztagsangebote erfordern eine Kooperation, der Vereinssport wird seine Bedarfe aufgrund veränderten Nutzerverhaltens überarbeiten.

Zu Frage zwei: Ein Angebot des BTS Neustadt, die Halle Gottfried-Menken-Straße gemeinsam mit der Gewoba zu übernehmen, liegt dem Senat bisher nicht vor.

Zu Frage drei: Die angefragte Entwicklungsmöglichkeit ist bisher nicht beraten und entschieden.

**Vizepräsident Ravens:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Eine Bemerkung vorweg: Ich glaube, dass gerade in der Beantwortung der Fragen zwei und drei noch einmal dahinter steht, ich gehe davon aus, dass auch der runde Tisch der Sportvereine in der Neustadt mit Sicherheit diese Optionen der Weiterführung in Vereinsregie weiter beraten wird. Wir werden in der Fachdeputation das auch noch begleiten, dass auf jeden Fall hier die Sicherstellung der Tätigkeit der Sportvereine gewährleistet ist.

Aber eine konkrete Frage, Herr Staatsrat! In Ihrer Antwort für den Senat kommt zum Ausdruck, dass es Bemühungen gibt, dieses Problem zu lösen. Nur, Ihnen ist sicherlich bekannt, dass wir wie zum Beispiel in Bremen-Nord oder in der Thomas-Mann-Straße in Schwachhausen immer wieder dann, wenn Schulstandorte geschlossen werden, die Möglichkeiten der Vereine, weiterhin in den Schulsporthallen Sport zu treiben, Probleme für die Vereine vor Ort machen und dass wir auch ei-



nen großen Aufwand haben, auch seitens der Verwaltung, diese zu lösen. Gibt es seitens des Senats Ansätze, insbesondere auch vom Sport-senator, hier initiativ zu werden, um diese Probleme grundsätzlich einmal zu regeln, weil wir mit Sicherheit davon ausgehen können, dass dies nicht die einzigen Fälle sein werden?

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Lühr:** Dieses Problem ist im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Antwort erörtert worden. Ich kann dazu grundsätzlich sagen, das Problem ist von den zuständigen Senatsressorts gemeinsam zu lösen. Das unterstreiche ich noch einmal ausdrücklich. Dazu muss jedes Ressort dann natürlich seinen spezifischen Beitrag leisten.

Dieser Arbeitsprozess ist inzwischen aufgenommen. Wir gehen davon aus, dass es in absehbarer Zeit ein befriedigendes Ergebnis dazu gibt. Ich kann Sie jetzt im Moment, um das noch einmal zusammenzufassen, nur auf diesen Prozess verweisen, aber in den Beratungen ist einverständlich die Bereitschaft erklärt worden, dass wir das jetzt möglichst schnell auf den Punkt bringen und lösen.

**Vizepräsident Ravens:** Besteht der Wunsch einer weiteren Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Eine weitere Zusatzfrage: Herr Staatsrat, kann ich davon ausgehen, dass auch durch die Aussage, die Position des Senats, dass auch nach dem 31. August 2005, da dieser Vertrag ja gekündigt worden ist, weiter die sportliche Betätigung und die Möglichkeiten der Vereine, dort Sport zu treiben, gewährleistet sind, dass diese Möglichkeiten nicht zeitlich begrenzt sind, sondern bis zur einvernehmlichen Regelung, auch im Interesse des Sports, weiterhin bestehen?

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Lühr:** Wir gehen davon aus, dass wir jetzt möglichst schnell zu einer Lösung kommen. Die Ergebnisse kann ich jetzt leider nicht vorweg sagen, weil sowohl das Sportressort als auch der Senator für Bildung und Wissenschaft und das Finanzressort als Liegenschaftsressort beteiligt sind. Dann müsste ich das zurückkoppeln. Ich gehe davon aus, dass wir jetzt in absehbarer Zeit ordentliche, vorzeigbare Lösungen haben.

**Vizepräsident Ravens:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Ich nehme das sehr dankend auf, Herr Staatsrat. Ich möchte nur sagen, dass wir dies auch in der Fachdeputation sehr

genau begleiten werden, weil wir der Auffassung sind, dass das, was im Koalitionsvertrag steht, eingehalten werden muss, dass nämlich auch in Zukunft die Rahmenbedingungen für die Sportvereine durch die Veränderungen im Liegenschaftswesen, insbesondere die Schließung von Schulstandorten, nicht beeinflusst werden. Ich entnehme Ihrer Antwort, dass Sie diese Position auch teilen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Lühr:** Ich werde diese Position, die Sie jetzt noch einmal eingebracht haben, Herr Abgeordneter, weitertransportieren und dort auch platzieren.

**Vizepräsident Ravens:** Eine weitere Zusatzfrage durch Herrn Dr. Güldner! - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, können Sie uns heute in dieser Sache noch einmal bestätigen, dass im Senat insgesamt darauf hingewirkt wird, die jetzt noch bestehenden Hindernisse, die es ja tatsächlich gibt in diesem Prozess, den Sie angesprochen haben, die im Wesentlichen aus dem Bildungsressort kommen, in Kürze zu beseitigen? Darin liegt ja das ganze Problem.

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Lühr:** Ich hatte ja gesagt, dass wir uns bei der Vorbereitung dieser Antwort, die ich hier verlesen habe, einig waren, dass wir jetzt die Lösung vorlegen müssen. Ich würde jetzt auch nicht von Hindernissen sprechen, sondern wir müssen zwischen den beteiligten Ressorts eine einverständliche Lösung schaffen. Das war auch das Bemühen aller drei Beteiligten.

**Vizepräsident Ravens:** Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Kann ich Ihren Worten entnehmen, dass das Liegenschaftsressort jetzt eine Art Federführung hat, die beiden Fachressorts zusammenzubringen und dann auch eine Lösung herbeizuführen, oder wie kann man sich diesen Prozess zwischen den Senatsressorts vorstellen, damit er in Zukunft konstruktiver geführt wird als bisher?

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Lühr:** Herr Dr. Güldner, dafür haben wir in der Geschäftsordnung im Senat klare Regeln, wenn zwischen Ressorts etwas abzustimmen ist.

Ich würde jetzt nicht von Hierarchisierung sprechen, wer federführend ist und wer mitarbeitet, sondern wir haben ein Problem, und das müssen alle drei Ressorts jetzt gemeinsam lösen. Wir haben im Moment nur noch keine Lösung parat, sondern, das hatte ich gesagt, der Arbeitsprozess ist eingeleitet und wird dann auch in Schritten ordentlich abgearbeitet.

**Vizepräsident Ravens:** Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Sind Sie optimistisch, dass den Sportlerinnen und Sportlern bis zu den Sommerferien in diesem Jahr eine Lösung für die zukünftige Hallennutzung präsentiert werden kann?

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Lühr:** Optimistisch bin ich immer, aber ich kann jetzt kein Datum zusagen, weil ich dann auch den Beratungen vorgreifen würde.

**Vizepräsident Ravens:** Eine weitere Zusatzfrage durch die Kollegin Frau Hövelmann! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Staatsrat, die Probleme, die sich für den Sport ergeben, ergeben sich ja aus der Regelung für das Liegenschaftswesen. Zuständig und verantwortlich für das Liegenschaftswesen ist der Finanzsenator. Sind Sie mit mir einer Meinung, wenn ein Ressort sagt, ich miete ab, wie hier in diesem Fall das Bildungsressort - das macht es ja nicht, weil es kein Interesse mehr an dem Standort hat, sondern der Not gehorchend, um das Liegenschaftswesen zu finanzieren, ich erinnere an die 12,5 Prozent Fläche, die aufgegeben werden müssen, um Sanierungen an den übrigen Gebäuden durchzuführen -, dass dann derjenige, der das Mietverhältnis beendet, für die weitere Nutzung der Liegenschaft, die ihm nicht gehört, sondern die er gemietet hat, nicht mehr die Verantwortung trägt, sondern dass das der Eigentümer oder Eigentümervertreter machen muss?

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Lühr:** Wir haben eine Reihe von Problemen, wie Ihr Kollege Herr Pohlmann das schon angesprochen hat, wo wir diese Übergänge organisieren müssen. Ich würde das jetzt nicht juristisch fixieren und sagen, der eine mietet ab, und dann geht die Verantwortung auf den anderen über. Ich habe hier betont, dass die drei zuständigen Senatsressorts sich gemeinsam bemühen wollen, und darauf würde ich erst einmal setzen,

ehe ich jetzt hier in Einzelaussagen auf die Vorschriften oder die rechtlichen Verantwortlichkeiten eingehe.

**Vizepräsident Ravens:** Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Eine kleine zusätzliche Anmerkung und Nachfrage noch! Wie ich gehört habe, und mein Kollege Herr Pohlmann hat es schon gesagt, stehen weitere Schulschließungen in der Stadtgemeinde mittelfristig auf der Agenda. Sind Sie mit mir der Meinung, dass hier schon sehr frühzeitig zwischen dem Sportsenator, dem Bildungssenator und natürlich federführend dem Finanzsenator kommuniziert werden muss, damit man die Hängepartie, die jetzt in der Neustadt entsteht, in anderen Stadtteilen nicht erst entstehen lässt?

**Vizepräsident Ravens:** Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Lühr:** Die Zielrichtung ist, dass wir hier eine ordentliche Lösung hinbekommen. Das habe ich betont. Dass die beteiligten Senatsressort, immer wenn sie ein Problem gelöst haben, auch daraus lernen, davon können Sie ausgehen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Herzlichen Dank!)

**Vizepräsident Ravens:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist der Tagesordnungspunkt eins erledigt.

### **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

**Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 148. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen-Osterholz südlich Osterholzer Heerstraße (Hausnummern 79 A bis 83) und westlich Schmidt-Barrien-Weg (Bebauungsplan 2322)**

Mitteilung des Senats vom 5. April 2005  
(Drucksache 16/307 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 148. Ortsgesetzes beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Überseestadt zukunftsorientiert entwickeln**

Mitteilung des Senats vom 5. April 2005  
(Drucksache 16/308 S)

Wir verbinden hiermit:

**Überseestadt - Konzentration auf Entwicklungskerne statt Gewerbeflächen-Vorratshaltung**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. April 2005  
(Drucksache 16/312 S)

und

**Überseestadt gezielt entwickeln**

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 20. April 2005  
(Drucksache 16/314 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Dr. Gloystein.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Kollegin Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat legt dem Parlament heute den ersten Bericht zur Entwicklung der Überseestadt vor. Für Bündnis 90/Die Grünen ist die Entwicklung der Überseestadt seit vielen Jahren das zentrale Stadtentwicklungsprojekt. Genau genommen seit 1989 treten die Grünen dafür ein, dass man die ehemaligen Hafenviertel zu einem attraktiven Stadtteil am Fluss weiterentwickelt. Wenn man sich jetzt die letzten Jahre anschaut, kann man feststellen, dass das eine oder andere Projekt wirklich gut gelungen ist, hervorragend läuft, ich denke da insbesondere an den Speicher XI. Es gibt aber auch vieles aus unserer Sicht, das wir kritisieren, und ich möchte das hier heute auch sehr deutlich tun.

Die Überseestadt grenzt unmittelbar an das Stephaniequartier. Das Stephaniequartier macht sich auf den Weg, sich neu zu entwickeln zu einem attraktiven Standort durch den Umzug von Radio

Bremen, dahinter beginnt die Innenstadt. Es ist ein Katzensprung von der Innenstadt über das Stephaniequartier in die Überseestadt. Das heißt, wir müssen ein besonderes Augenmerk darauf lenken, wie wir dieses Gebiet zukünftig entwickeln wollen. Wir sind inzwischen zu der festen Überzeugung gelangt, dass wir uns von den Visionen des Masterplans, hier eine überdimensionierte Bürostadt zu entwickeln, verabschieden müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir alle kennen diese wunderschönen Nachtbilder, die im Treppenhaus des Rathauses hängen, die uns suggerieren, dass dort nachts das Leben tobt, der Bär tobt, eine leuchtende Glitzerfassade, aber dies ist keineswegs der Fall. Wenn die Strategie so, wie sie nach dem Masterplan angelegt ist, aussieht und durch diese Bildsprache übersetzt wird, dann glauben wir, dass die Überseestadt gerade keine Chance auf eine vernünftige Zukunft hin zu einem urbanen Stadtteil hat, sondern ganz im Gegenteil.

Dies hat mehrere Gründe. Wir glauben erstens, dass es diesen überdimensionierten Bürobedarf in Bremen nicht gibt. Wir glauben zweitens, dass, wenn man sich nicht endlich an das Thema Wohnen in der Überseestadt macht, kein Leben in diesen Stadtteil kommen wird, sondern dass es eine tote Fläche bleiben wird, und wir glauben, dass wir in diesem Punkt endlich, und das wollen wir heute mit unserem Antrag tun, einen Schritt weiterkommen wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Focke [CDU]: Das ist nichts Neues!)

Wir glauben drittens, dass die bisherige Vermarktungsstrategie der BIG und ihrer Unterorganisationen völlig in die falsche Richtung geht. Bisher wenden sich die BIG und ihre Organisationen rein an Großinvestoren, versuchen, leer geräumte Flächen zu vermarkten, anstatt sich mit kleinteiligen Entwicklungen zu befassen, genau hinzuschauen, welche Milieus eigentlich in die Überseestadt passen, die Frage von Zwischennutzungen viel genauer zu betrachten und zu überlegen, wer in der Stadt eigentlich hier ein Interesse haben könnte an diesen attraktiven Lagen zwischen alten Speichergebäuden, alten Schuppen, der alten Industriearchitektur und dem Neuen, das man da schaffen könnte, wer hier leben und arbeiten will. Das muss man genau untersuchen, und es gibt in der Stadt und auch in der Region Gruppen, die hier beides tun wollen. Wir wollen mit unserem Antrag erreichen: nicht mehr Gigantomie, sondern Kleinteiligkeit und eine genaue Quartiersentwicklung!

Meine Damen und Herren, bei dem Thema Wohnen haben sich in den letzten Jahren die Geister geschieden. Ich bin gespannt, was meine beiden Kollegen zu diesem Thema gleich sagen werden. Davon werde ich es auch abhängig machen, wie wir mit Ihrem Antrag umgehen werden. In Ihrem Antrag steht vieles, das wir Grünen teilen, und wir freuen uns, dass sich die SPD immer mehr grünen Positionen annähert, haben aber gleichzeitig die Sorge, dass Sie der CDU folgen und dann gleichzeitig wieder einen Schritt zurück machen.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Mit uns macht man keinen Schritt zurück!)

Wie gesagt, wie wir mit Ihrem Antrag umgehen, hängt auch davon ab, wie Sie sich hier gleich präsentieren werden.

Zum Thema Wohnen! Die einen sind vehement dafür, dazu gehören wir, aber nicht nur die Grünen, sondern es gibt in der Stadt aus allen Richtungen Stimmen, die sagen, ohne Wohnen und Arbeiten in diesem Gebiet hat die Überseestadt keine Zukunftschance. Diese Einschätzung teilen wir.

(Abg. Focke [CDU]: Das haben wir immer gesagt!)

Dagegen sind vor allen Dingen die ansässigen Unternehmen, die die Sorge haben, dass, wenn man dort wohnt, diese Menschen, die sich entscheiden, in der Überseestadt zu wohnen, auf die Idee kommen könnten, gegen die alteingesessenen Unternehmen zu klagen. Weil sie diese Sorge haben, boykottieren und blockieren sie seit Jahren diesen Gedanken des Wohnens in der Überseestadt. Diese Blockade wollen wir endlich durchbrechen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sagen nicht, dass es kein Problem ist. Es gibt Emissionen, es gibt möglicherweise Lärm. Wer aber einmal am Europahafen gestanden hat und dort die Möwen gehört hat, der weiß auch, dass dieses Gebiet gut für ein Wohngebiet geeignet ist und dass es ganz andere Gebiete in der Stadt sind, wo Lärm und auch Gerüche ein sehr viel drastischeres Problem für Menschen darstellen als gerade in der Überseestadt.

Wir Grünen wollen keine ansässigen Unternehmen vertreiben. Das ist von uns immer ganz deutlich gesagt worden. Sie haben dort ihren Sitz, sie schaffen und sichern Arbeitsplätze, das ist in Ordnung so. Wir sagen aber auch ganz deutlich, wir wollen, dass auch diese ansässigen Unternehmen endlich begreifen, dass es bei der Überseestadt nicht nur um ein reines Gewerbegebiet gehen

kann, sondern sie müssen sich dafür öffnen, dass die Überseestadt als Mischgebiet eine Chance hat, und das geht nur, wenn man dort auch Menschen hat, die dort nicht nur arbeiten, sondern dort auch leben. Das ist wichtig, um einen urbanen Stadtteil zu schaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir fordern weiterhin, dass endlich das lange und immer wieder versprochene Lärmgutachten auf den Tisch kommt. Wir werden weiterhin vertröstet. Wir wollen darüber diskutieren, wir wollen prüfen, welche planungsrechtlichen Möglichkeiten es gibt, um die ansässigen Unternehmen zu beruhigen und Wohnen in der Überseestadt endlich möglich zu machen.

Ich will Ihnen nur einmal am Beispiel des Investors, der jetzt den Speicher I am Europahafen kaufen will, erläutern, wie wichtig das ist. Der Europahafen hat ein Hafenbecken, das zum Glück noch nicht zugeschüttet wurde wie das des Überseehafens. Der Europahafen ist ein idealer Standort, um Arbeiten und Wohnen zu verknüpfen. Dieser Investor selbst hat Interessenten, die sagen, sie möchten ihr Büro dort haben, aber dort auch gleichzeitig wohnen. Dann kommt das Planungsrecht, das sagt, Gewerbegebiet, da ist das Wohnen nicht möglich.

Hier müssen wir endlich einen Schritt weiterkommen, weil wir die Gefahr sehen, dass es sonst mit der Überseestadt so weitergeht, wie es im Technologiepark ist, wo man den Fehler gemacht hat, ein monostrukturiertes Gebiet zu entwickeln, und nun mühselig nachträglich versucht, auch durch Wohnen Leben zu schaffen, durch das Bauen von Kindergärten, dieses monostrukturierte Gebiet umzufunktionieren. Diesen Fehler dürfen wir bei der Überseestadt nicht machen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein Problem, das wir auch sehen, sind die Strukturen. Wir glauben, dass die BIG nicht die geeignete Organisatorin ist, um diesen Stadtteil adäquat zu entwickeln, mit Augenmaß, mit Kleinteiligkeit, die Bedürfnisse der unterschiedlichen Milieus berücksichtigend, die Interesse haben könnten, sich hier in der Überseestadt anzusiedeln. Dass die BIG dazu überhaupt in der Lage ist, bezweifeln wir. Die BIG interessiert sich nur für Großinvestoren, große Flächen, und wenn diese Großinvestoren nicht kommen, na gut, dann hat man halt Pech gehabt. Nie hat sie sich im Ernst die Mühe gemacht zu schauen, welche kleinen Investoren, welche Bauherrengemeinschaften, welche Künstler, welche kleinen Läden vielleicht Interesse ha-

ben, welche Existenzgründer Lust hätten, sich hier anzusiedeln. Dafür ist die BIG nicht geeignet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen sind wir dringend dafür, dass diese Strukturen neu überdacht werden. Das Gleiche gilt auch für die Zuständigkeit.

Herr Senator Gloystein als Wirtschaftssenator sitzt hier. Die Überseestadt ist nicht nur ein Gebiet, das man aus wirtschaftspolitischer Sicht entwickeln kann, sondern man muss es vor allem, das sagen wir immer wieder, aus stadtentwicklungspolitischer Sicht betrachten.

(Bürgermeister Dr. Gloystein: Deswegen sitzen wir beide hier!)

Das ist kein Widerspruch, dort auch Gewerbe anzusiedeln, aber ich plädiere sehr wohl dafür, dass der Einfluss der Stadtentwicklung in den nächsten Jahren hier ein sehr viel stärkeres Gewicht haben muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu guter Letzt: Wir hoffen, wir haben Ihnen einen guten Antrag vorgelegt. Wir wollen, dass die Überseestadt eine Modellregion wird, wo man experimentieren kann, wo man Neues ausprobieren kann, wo man Neues und Altes nebeneinander bestehen lässt, Neues entwickelt, neue kreative Köpfe in die Überseestadt lockt, und wir wollen vor allen Dingen, dass die Überseestadt aus den überdimensionierten Fuchteln der BIG endlich wenigstens ein Stück weit befreit wird. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Entwicklung der Überseestadt liegt in der Tat der Masterplan zugrunde, also das Entwicklungskonzept, das im Jahr 2000 im Wesentlichen entwickelt worden ist, damit mittlerweile auch schon fünf Jahre alt ist und hier in der Bürgerschaft auch sehr ausführlich beraten worden ist.

Ich finde, die entscheidende Zäsur, der entscheidende Schritt voran ist damals gemacht worden, denn man hat die alte Diskussion über die Zukunft

des damals immer noch Alte Hafenviertel genannten Areals abgeschlossen und mit dem Begriff Überseestadt einen neuen Namen kreiert, unter dem ganz bewusst nicht mehr nur das Hafengewerbe zu verstehen war, sondern die Mischung aus Gewerbe, Dienstleistung und Wohnen. Das ist die Grundphilosophie dieses Masterplans. Ich finde es wichtig und bedeutsam, dass wir daran sehr wesentlich festhalten.

Trotzdem, und ich will direkt auf den Antrag kommen, den SPD und CDU heute der Stadtbürgerschaft vorlegen, sind wir jetzt, glaube ich, in einer Phase, nachdem dieser Masterplan auch mit seinen Konzeptionen auf überregionalen, nationalen und international ausstrahlenden Messen wie der Exporeal in München zweimal oder sogar dreimal vorgestellt worden ist, dass wir fragen müssen, wie die Bilanz nach fünf Jahren aussieht. Der Entwicklungsbericht, den der Senat uns vorgelegt hat, gibt uns einen Eindruck, den ich einmal mit Licht und Schatten umschreiben möchte, weil ich denke, die weit reichenden Erwartungen, dass es uns gelingt, auswärtige Investoren in größerer Zahl zu gewinnen, dort tätig zu werden und dort Entwicklungen voranzutreiben, haben sich leider, das will ich ganz deutlich sagen, nicht in dem Maße realisieren lassen, sondern es haben sehr positive Entwicklungen in unterschiedlichen Quartieren stattgefunden.

Diese Entwicklungen sind aber doch im Wesentlichen von Investoren aus der Region vorangetrieben worden, insbesondere von Investoren aus Bremen selbst. Ich verweise vor allem auf die Entwicklung des Speichers XI, der in der Form erhalten worden ist und mittlerweile wirklich ein Anziehungspunkt ist, eine Tagungsstätte, aber vor allem ein Ort für die Hochschule und viele Firmen, wo etwas passiert und sich auch das Gesicht in Richtung Walle deutlich verändert hat.

Ein zweiter Bereich, der sich fortentwickelt, ist der ganze Bereich der so genannten Hafenvorstadt, also das, was zwischen der Stephaniebrücke und dem Europahafen liegt. In diesem Areal haben wir verschiedenste, weiterreichende öffentliche Investitionen. Ich verweise nur auf die Diskussion um die nicht wenig umstrittene Straßenanbindung aus dem Stephanieviertel heraus.

(Abg. Focke [CDU]: Und mit Straßenbahn!)

Mit Straßenbahn! Ich danke dem Kollegen Focke besonders für den Hinweis!

(Bürgermeister Dr. Gloystein: Und mit Fahrradweg!)

\* Vom Redner nicht überprüft.

Herr Bürgermeister, ich bin nicht ganz sicher, ob Sie das ernst oder ein wenig ironisch gemeint haben. Wenn Sie es ironisch gemeint haben, würde ich es nicht passend finden, von daher gehe ich jetzt nicht darauf ein.

(Bürgermeister Dr. Gloystein: Ich weiß es auch nicht! Ich ziehe es zurück!)

Diese Anbindung ist auch mit öffentlichen Mitteln vorangetrieben worden, und wir haben jetzt private Investitionen sowohl um die alten Eduscho-Gebäude als auch, Frau Krusche hat darauf hingewiesen, die neuerliche Investition, den Umbau und die Nutzung des Speichers I. Das ist, glaube ich, ein richtig großer Fortschritt.

All das verweist aber darauf, was wir in unserem Antrag, und ich glaube, da sind wir uns sehr einig, formuliert haben, Punkt zwei des Antrags von SPD und CDU, dass wir jetzt in der Phase sind, in der wir eine Aktualisierung und Präzisierung dieses Masterplans brauchen, und zwar in zweierlei Hinsicht. Zum einen müssen wir, und das ist angesichts der Finanzlage unseres Bundeslandes von allerhöchster Bedeutung, noch einmal eine Revision der öffentlichen Investitionsplanung machen,

(Beifall bei der SPD)

eine deutliche Revision, die aber angelegt ist auch in dem Entwicklungsbericht des Senats, ich spreche insbesondere das Thema Europahafen an, die Kajensanierung dort. Da sind ursprünglich 70 Millionen Euro vorgesehen worden. Es gibt dort Darlegungen, die ich ausgesprochen unterstütze und wozu ich auch die Erwartung formulieren will, dass der Senat in seinen weiteren Beratungen dem folgt, dass man für rund 15 Millionen, vielleicht 17 Millionen Euro, so sind dort jedenfalls die ersten Darlegungen, nur den Bereich des Kopfes des Europahafens angeht und dann die Dinge, die unmittelbar verknüpft sind mit privaten Investitionen. Damit spreche ich das Gebiet rund um den Speicher I an, der nicht weit vom Kopf liegt.

Wenn man sich darauf beschränkt und sich ansonsten auf wirklich unabdingbare Sicherheitsmaßnahmen beschränkt, dann tut man das, was nötig ist, aber man folgt nicht der veralteten Philosophie der Vorratsinvestition. Das ist, glaube ich, eine wichtige Angelegenheit.

Das Zweite, das damit im Zusammenhang steht: Wir müssen es lernen, dass wir uns jetzt auf die einzelnen Quartiere beziehen und nicht mehr die gesamten 288 Hektar ins Auge fassen. Hier will ich ansprechen, dass wir zum einen dieses Europahafenareal angehen und den zweiten Schwer-

punkt auf das Gebiet rund um den Speicher XI setzen und damit auf die Öffnung nach Walle. Ich finde auch, wir sollen hier noch einmal die Beiräte und die Stadtteile auffordern, aktiv zu werden, und ich weiß, dass es im Beirat Walle Überlegungen gibt, die Öffnung hin in die Überseestadt zu aktivieren. Ich finde, das sollten wir unterstützen, denn wir brauchen jetzt neben dem Engagement der Wirtschaftsförderung, der Stadtentwicklung dieses Engagement aus den Stadtteilen, aus der Bevölkerung.

Ich verweise in dem Zusammenhang auch ausdrücklich auf die Passage in Punkt eins unseres Beschlussvorschlages, wo wir darauf hinweisen, dass wir einen neuen Anlauf in dieser Stadt für die Überseestadt brauchen. Das muss tiefer in die Köpfe hinein. Darum haben wir auch formuliert, dass wir einen transparenten Stadtentwicklungsprozess brauchen und man auch über Beteiligungsformen und ähnliche Aktivitäten nachdenken muss, die über das hinausgehen, was der Beirat Überseestadt zurzeit leistet, aber daran durchaus anknüpfend, darüber hinausgehend das angehen.

Zum Weiteren will ich jetzt auf die alte Debatte Wohnen und das Verhältnis zu den Gewerbebetrieben eingehen. Das Erste, was ich sagen will zu Punkt drei, zum Thema Wohnen: Wir müssen auch an der Stelle mehr Nägel mit Köpfen machen. Es ist zurzeit ein Lärmgutachten in Auftrag, nach dessen Ergebnissen man aber wirklich zu Feststellungen kommen muss, was im Bereich Wohnen möglich ist, und dies dann auch angehen. Darum hier die Forderung in dem Antrag von SPD und CDU, dass ein Konzept Wohnen in der Überseestadt vorgelegt wird! Wir brauchen dies, denn zum Thema Wohnen teile ich, was Frau Krusche sagt, und das sieht Herr Focke genauso. Das meiste kann dem Thema dienen.

Was wir nicht brauchen, die „Bild“-Zeitung hat es gerade am 5. April veröffentlicht, auch zum Thema Überseestadt, „Schön, teuer, einzigartig“ und darüber den Satz: „Aber Kinder müssen draußen bleiben“. Das ist natürlich eine Botschaft, die für einen Bereich, der sich auch als Stadtteil entwickeln muss, nicht die federführende sein kann, und ich bin auch der Auffassung, das geht nicht flächendeckend, das geht nicht da, wo richtig emittierende Industriebetriebe sind, aber es handelt sich hier um 300 Hektar, es handelt sich um das Fünffache der Innenstadt, und da soll kein Wohnen möglich sein? Das, finde ich, wäre eine lächerliche Position, wenn man die beziehen würde. Wohnen ist dort möglich!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich halte aber fest und finde es auch richtig, dass man das in einem Beschluss der Bürgerschaft unterstreicht, dass wir natürlich den immer zugesagten Bestands- und auch Entwicklungsschutz für die Ansiedlung von Gewerbegebieten unterstreichen. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, und ich habe auch den Eindruck, es ist eine Selbstverständlichkeit. Ich will an der Stelle sagen, 1996 habe ich, glaube ich, zum ersten Mal hier gestanden, und damals war ich frisch in der Bürgerschaft, gerade ein oder eineinhalb Jahre, und habe die erste Debatte zu diesem Thema, damals noch Alte Hafenviertel, geführt. Seitdem begleitet uns diese Forderung nach Bestandschutz, und seitdem, das will ich auch deutlich sagen, ist diese Forderung eingehalten worden. Ich kenne kein Beispiel, wo es einen Konflikt gab, es gab kleinere Konflikte, wo die Entwicklung und der Schutz für die Ansiedlung von Unternehmen nicht eingehalten wurde.

Seitdem begleitet uns aber auch eine andere Tatsache. Es fehlt auch von den dort anliegenden und angesiedelten Unternehmen eine richtige Investitionsoffensive. Ich kenne leider auch kein Beispiel, wo Unternehmen, die dort sitzen, gesagt haben, wir wollen uns jetzt ausdehnen, wir wollen dort noch Neues machen, dort mehr Arbeitsplätze schaffen. Das fehlt uns leider auch, und zum Thema Bestands- und Entwicklungsschutz, das machen wir nur, weil wir Entwicklung befördern und möglich machen wollen. Ich kann Ihnen nur sagen, ich bitte darum, dass dies in Gang kommt, und finde es wichtig, dass wir hier politisch, und das machen wir mit diesem Antrag, sagen, dafür öffnen wir den Korridor. Wir machen aber keine künstlichen Gegensätze zwischen Wohnen und Arbeiten, sondern wir wollen in dem Quartier das Wohnen und Arbeiten in vernünftigem Zusammenhang organisieren, und ich denke, dass da auch das Baurecht ruhig noch flexibilisiert werden kann. Dazu gibt es Überlegungen, stärker etwas in Mischgebieten zu machen. Für die Überseestadt ist das die richtige Botschaft, der richtige Weg. In dem Sinn bitte ich um Zustimmung zum Antrag von SPD und CDU.

Ich darf mit Verlaub sagen, im Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen steht im Prinzip nichts Falsches, er ist sehr faktenreich, und es sind viele Anregungen enthalten. Ich finde aber - darf man das sagen, dass man selbstbewusst findet -, dass der eigene Antrag konzentrierter und mehr auf den Punkt gebracht ist, und ich schlage vor, dass wir den Antrag der Grünen, ohne das hier zu beschließen, sozusagen als Anhang dem Senat mit zur weiteren Bearbeitung geben und ihn so gesehen wohlwollend ablehnen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht das erste Mal, dass wir uns hier über die Überseestadt unterhalten. Es ist auch richtig, dass es sich um ein großes Gebiet handelt, das nicht einmal eben in zwei, drei Jahren entwickelt werden kann. Deswegen war es auch ganz klar, als der Masterplan verabschiedet worden ist im Jahr 2000, dass wir uns noch mehrfach mit der Überseestadt beschäftigen werden und dass die Entwicklung mindestens 15 bis 20 Jahre braucht, um das Gebiet vollständig entwickelt zu haben.

Wenn man eine solch lange Zeit vor sich hat, ist es auch ganz klar, dass sich die in einen Masterplan gesteckten Ziele im Laufe der Jahre verändern. Das bringt es einfach mit sich, weil man nicht 20 Jahre vorher fest planen kann. Es gibt aber gewisse Dinge, die eben für uns absolut vorrangig sind und im Vordergrund stehen müssen, bei denen es auch keine Veränderungen gibt. Das sind die über 6000 Arbeitsplätze in diesem Gebiet. Wir wollen diese Arbeitsplätze sichern, wir wollen den Unternehmen auch Möglichkeiten geben, sich zu erweitern, und es soll auch Neuan siedlung möglich sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir können aus der Überseestadt keinen Stadtteil nur für Wohnen machen, das wissen wir. Es geht auch nicht darum, die Unternehmen zu verlagern. Die Unternehmen müssen die Gewissheit haben, dass sie an diesem Standort auch eine Zukunft haben.

(Beifall bei der CDU)

Nun sagt Frau Krusche heute, es müsse jetzt endlich einmal gesagt werden, dass wir da Wohnen ermöglichen wollen, es müsse auch überall möglich sein, und der Lärmschutz müsse möglichst so gemacht werden, dass Wohnen überall möglich ist, und es solle meinetwegen auch noch Sonderformen geben. Das kann man alles hin und her überlegen, nur dann müssen Sie aber Ihrer Kollegin Mathes sagen, die gestern gesagt hat, geht nicht in die Arberger Marsch, bringt die Gewerbebetriebe alle in die Überseestadt, da ist doch ein riesiges Gelände, nein, meine liebe Evi oder Eva-Maria oder wie sie heißt, Eva Mathes,

(Heiterkeit)

---

\* ) Vom Redner nicht überprüft.

das ist schon belegt, da haben wir etwas anderes vor. Beides können Sie nun nicht immer fordern in der gleichen Sache, das geht nicht!

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD: Karin heißt sie! - Senator Eckhoff: Es gab auch einmal eine Schauspielerin Eva Mathes am Bremer Theater!)

Karin Mathes, Entschuldigung! Evi Lemke hätte das auch nie gesagt, Entschuldigung!

Man muss sich dann schon einmal festlegen, was Sache sein soll oder nicht.

Im Übrigen bin ich nicht der Auffassung, dass sich da in den letzten Jahren nichts getan hat. Es ist eine ganze Menge passiert, und wir haben den Anschlag gegeben mit dem Großmarkt. Das hat nichts mit Ehrgeiz zu tun. Man kann eine leere Fläche vielleicht besser entwickeln als eine bebaute Fläche. Die 288 Hektar sind keine leeren Flächen, sondern alle Flächen, auch die bebauten Flächen, auch die Flächen, auf denen Arbeitsplätze sind. Da kann man nicht einmal eben alles überplanen, sondern es muss sich im Zusammenhang mit den dort ansässigen Firmen entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen kann man nicht sagen, es sei nichts gemacht worden. Die öffentliche Hand hat natürlich eine gute Vorgabe gegeben, indem sie die Anbindung an die Innenstadt beschlossen hat, auch eine mit großem Kraftakt, weil es über 44 Millionen sind. Das führte aber dazu, dass gleich mehrere Investitionen getätigt worden sind, und auch noch weitere folgen werden, weil wir wissen, dass da einige Dinge im Fluss sind. Der Speicher XI, I ist das Nächste. Der Speicher XI war schon genannt, aber auch die Feuerwache, Energieleitzentrale, alles wird jetzt angepackt. Da sind schon mehrere Dinge, die gemacht werden, und es ist nicht so, dass da nichts passiert. Ich bin allerdings auch der Auffassung, das ist ganz wichtig, das hat Herr Sieling gesagt, dass wir auch eine Vermarktungsstrategie über die Flächen brauchen, über die verfügt werden kann oder auf denen abgängige Gebäude sind.

Das bedeutet aber, man muss sich ganz genau darüber im Klaren sein. Wenn wir die Vermarktungsanstrengungen erhöhen, dann müssen wir auch unsere Anstrengungen erhöhen, das heißt, dann müssen wir auch mehr Geld in die Hand nehmen, um die entsprechende Infrastruktur herzustellen. Man kann nicht sagen, wir wollen alles vermarkten, und dann sagen, für den Abriss der Schuppen haben wir kein Geld, für die Erschlie-

ßung der Straßen haben wir kein Geld, das Kühlhaus können wir nicht abreißen.

Ich weiß nicht, was man da machen soll, vielleicht Pinguine züchten, das geht aber nicht, weil das Ding so alt ist, dass es gar nicht mehr richtig intakt ist. Man muss dann schon auch gewisse Vorleistungen machen, um in der Lage zu sein, eine gerechte Vermarktung vorzunehmen. Da beißt sich das dann wieder mit den Vermarktungsanstrengungen und dem Geld, das man zur Verfügung stellen will. Darüber muss man sich schon im Klaren sein, dass, wenn man A sagt, man auch B sagen muss.

Das mit dem Wohnungsbau habe ich angesprochen, das mit dem Gewerbegebiet auch,

(Abg. Görtz [SPD]: Pinguine auch! - Heiterkeit)

die Pinguine sind auch genannt worden. Mit der Beantwortung ist im Übrigen ein erster Entwicklungsbericht gegeben worden, eine sehr umfangreiche Darstellung, was gelungen ist und was nicht, wo es Schwierigkeiten gibt und wo es Möglichkeiten gibt, und er zeigt auch auf, dass es zu den weiteren Berichtsterminen immer etwas weitere Entwicklungen und auch Veränderungen gibt.

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Das haben Entwicklungsberichte so an sich!)

Ich möchte einmal sagen, wenn man an den Wasserflächen wohnen kann, werden wir doch alle glücklich sein. Wir sind doch nicht gegen das Wohnen. Wir haben im Masterplan ausdrücklich das Wohnen stehen, und wenn sich im Laufe der Jahre Entwicklungen ergeben, wo weiteres Wohnen möglich ist, wird die CDU bestimmt nicht dagegen sein, immer unter der Prämisse, was ich eingangs gesagt habe, das ist ganz wichtig.

Es ist aber auch so, das sagen der Masterplan und auch alle Untersuchungen aus, dass es schwer ist, eine Infrastruktur für das Wohnen herzustellen, wenn man nicht eine Mindestanzahl von Wohnungen in einem Quartier einrichten kann, weil man natürlich auch Versorgung und Ähnliches darstellen muss. Deswegen ist zu Anfang insbesondere im vorderen Bereich von Wohnen ausgegangen worden, weil durch die Anbindung an die Innenstadt diese Versorgungseinrichtungen auch kurzfristig hergestellt werden können.

Ich glaube, man sollte sich nicht hier alle paar Monate wieder neu mit der Überseestadt befassen. Wir sollten auf der Grundlage des jetzt auch von der Koalition verabredeten Antrags - was die Vermarktungsstrategie und alles hier darlegt, das haben wir meines Erachtens in sehr guter Weise



hinbekommen - die weitere Entwicklung gut und normal beobachten. Die Berichte, die wir erhalten, setzen uns immer auf den neuesten Stand. Wenn es dann zu Veränderungen kommt, werden wir diese natürlich in den nächsten Jahren begleiten müssen, denn ein 20 Jahre alter Masterplan wird bestimmt nicht so umgesetzt in den laufenden 20 Jahren, wie er einmal beschlossen worden ist. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Grünen begrüßen es nachdrücklich, dass sich sowohl die SPD, davon bin ich ausgegangen, als auch Herr Focke, was das Thema Wohnen in der Überseestadt angeht, den grünen Positionen nähert. Ich will jetzt nicht die Debatte verlängern, sondern ich will noch einmal ganz kurz sagen, wie wir mit Ihrem Antrag umgehen wollen.

Wir werden, anders als Sie mit unserem Antrag, wir sind großzügig, Ihrem Antrag zustimmen. Wir bedauern es außerordentlich, dass Sie unserem Antrag nicht auch zustimmen können. Ich bin aber damit einverstanden, dass Sie unseren Antrag als Anhang zu Ihrem betrachten und ihn so weiterleiten. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Gloystein.

**Bürgermeister Dr. Gloystein<sup>\*)</sup>:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Solche weltgeschichtlichen Momente muss man natürlich festhalten, dass Sie dem Antrag der SPD und der CDU zustimmen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kommt häufiger vor, Herr Gloystein!)

Ich muss das alles hier lernen, und ich nehme das auch bewusst zur Kenntnis, dass die Opposition uns zustimmt. Freuen Sie sich doch, dass wir uns freuen, dass Sie uns zustimmen! Das ist doch wunderbar!

Ich glaube, wir sind in der Sache auch nicht auseinander. Wir haben hier ein Konzept, das fünf Jahre alt ist, wir haben hier jetzt einen ersten Zwi-

schenbericht und einen Masterplan vorgelegt. Daraus wird deutlich, dass wir hier einen guten Weg gehen, dass natürlich nicht alles so eingetreten ist, wie wir uns das damals gedacht haben, das ist aber auch nicht zu erwarten, aber ich will den guten Weg einfach noch einmal kurz umreißen!

Wir haben das Gelände in drei Bereiche unterteilt, einmal in die Hafenkante, dann in den zentralen Bereich und den Weserbahnhof und drittens in den Kopf des Europahafens. In diesen drei Bereichen haben wir auch Investitionen tätigen können oder Konzepte vorgelegt, und hier bewegt sich das. Für die Hafenkante haben wir einen Anhandgabevertrag mit einer Entwicklungsgesellschaft, in der sich sechs Investoren zusammengeschlossen haben.

Im zentralen Bereich der Hafenvorstadt richtet die Firma Siedentopf die ehemaligen Produktions- und Verwaltungsgebäude der Firma Eduscho zum neuen Kaffeehof her. Von einer Gesamtfläche von 33.000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche wurden bereits 21.000 Quadratmeter mit einem Investitionsvolumen von 10,1 Millionen Euro fertig gestellt, die Gebäude sind fast vollständig vermietet. Die alte Rösterei mit einer Bruttogeschossfläche von 12.000 Quadratmetern soll bei einem voraussichtlichen Investitionsvolumen in Höhe von 14,5 Millionen Euro kurzfristig entwickelt werden. Anschließend, also zusätzlich, plant die Firma Siedentopf in den nächsten fünf Jahren Investitionen auf den Flächen am Weserbahnhof mit einem Investitionsvolumen von 25 Millionen Euro. Das war der zweite Teil, der zentrale Teil und der Weserbahnhof.

Der dritte Teil: Am Kopf des Europahafens wurde Anfang dieser Woche, wir haben es erwähnt, der Speicher I verkauft. Mit einem Volumen von 15 Millionen Euro wird er umgebaut und vermarktet. Hier bewegt sich also schon etwas.

Frau Krusche, Ihre Anmerkung mit den Großinvestitionen und den Zwischennutzungen! Das Problem ist natürlich bei dieser historischen Struktur, die wir da haben, dass die alten Gebäudeteile in hohem Maße zunächst einmal großflächig sind. Um finale Konzepte zu haben, brauchen Sie auch in der Regel einen Großinvestor, der sie umsetzt. Immer nur auf die Zwischennutzung zu gehen mit kleinteiligen Nutzungen, führt in der Regel nicht dazu, dass man in die Perspektive gehen kann.

Wir machen ja beides: Für die Zwischennutzung - wir haben das ja neulich in der Deputation besprochen -, wenn es da vernünftige Konzepte gibt und keine Endkonzepte vorliegen, machen wir das ja in breiter Form, nur bei den Speichern und anderen großteiligen Hafengebäuden muss erst

---

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

einmal ein Rahmen vorliegen, bevor man zur finalen Nutzung kommen kann. Deshalb, glaube ich, ist die Kritik auch an der BIG nicht richtig. Wir werden die BIG auch nicht in Small umbenennen, obwohl Sie das vielleicht gern hätten. Die BIG wird ausgehend von einem Konzept vernünftige differenzierte Lösungen finden.

Herr Dr. Sieling, Sie haben das mit den Investitionen bei den Kafen und beim Kopf des Europahafens gesagt! So werden wir vorgehen. Wir werden nicht auf Vorrat investieren, das geht aus Budgetgründen nicht, aber es ist auch aus sonstigen Gründen nicht vernünftig, weil man sich damit Optionen zerstört. Wir müssen dies also schon so machen, wie es hier auch formuliert ist.

Noch eine Anmerkung zu den Unternehmen dort! Es ist natürlich richtig, dass es mir als Wirtschaftssenator sehr am Herzen liegt, was mit diesen Unternehmen passiert, welche Investitionen sie machen und welche Entwicklung sie haben wollen. Wir sollten Gewerbegebiete in der Stadt und in der Stadtnähe fördern, ich sage das ganz eindeutig, und ich höre hier ja auch oft Diskussionen über Ansiedlungen auf der grünen Wiese, wenn stadtnah Möglichkeiten bestehen. Hier stehen sie zur Verfügung, und hier sollten wir auch Gewerbe fördern, nicht nur Gewerbe tolerieren. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir sollten in der Stadt Gewerbe fördern. Ich glaube, das ergibt sich aus unseren Notwendigkeiten, die wir hier haben, und wir sollten den Unternehmen auch das Gefühl geben, dass sie hier willkommen und nicht nur toleriert sind.

Ich habe die Unternehmen am Holz- und Fabrikhafen besucht. Die Unternehmen haben erhebliche Investitionspläne, Herr Dr. Sieling, und diese sollten wir auch schätzen und hier fördern. Dass Wohnen ein ganz wesentlicher Teil dieses ganzen Konzeptes ist, war von Anfang an klar. Das ist auch in allen Werbemaßnahmen der BIG und anderer Gesellschaften, der Überseegesellschaft, immer dargestellt worden, ich könnte Ihnen hier die Werbebroschüren zitieren. Das ist ganz entscheidend. Nur jenseits aller allgemeiner Bekundungen ist ja wichtig, was konkret passiert, und da gibt es eben Pläne und auch Konfliktpotentiale. Dies werden wir genau ausfüllen.

Das Lärm- und Immissionsgutachten wird im Sommer 2005 vorliegen, dann werden wir mit dem Bauressort zusammen eine genaue Planung machen, die ganz differenziert agiert, so ähnlich wie wir das auch bei der BWK in Vegesack in Bremen-Nord machen. Dann können wir jenseits aller allgemeinen Sprüche eine ganz klare Planung machen, die allen Notwendigkeiten ganz konkret gerecht wird.

Ich glaube also, dass wir hier auf einem guten Weg sind, und auf diesem guten Weg werden wir auch zusammen mit dem Bauressort weitergehen. Damit Sie sehen, dass wir alle genau das Gleiche sagen und Wirtschaft und Urbanität auch kein Gegensatz sind - in der CDU schon einmal gar nicht -, wird jetzt mein Kollege Eckhoff hier zu diesen Dingen etwas sagen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Uns liegen zwar keine weiteren Wortmeldungen vor, aber wenn der Bürgermeister sagt, dass der Kollege Eckhoff das Wort ergreifen will, dann hat als Nächster Herr Senator Eckhoff das Wort.

**Senator Eckhoff:** Ich bin auch etwas überrascht, weil ich glaube, dass die Debatte deutlich gemacht hat, dass die Entwicklung auf einem vernünftigen Weg ist. Dass es dort natürlich an der einen oder anderen Stelle auch immer Widersprüche geben wird, daran muss man dann im konkreten Einzelfall arbeiten. Das Ziel ist auch klar: die Überseestadt möglichst schnell in Teilen zu einem attraktiven Gebiet zu entwickeln.

Ich möchte allerdings auch sagen, ich bin mir sicher, dass die Gesamtentwicklung dieses riesigen Areals, das von der Größe dreimal so groß wie das Hamburger Gebiet ist, das bei einem Verhältnis der Städte genau umgekehrt ist - drei zu eins zugunsten von Hamburg -, tatsächlich zehnmal so schwer zu realisieren ist wie die Hamburger Hafen-City. Wenn man dann sieht, wie es in Hamburg auch immer wieder Rückschläge gibt, so ist dies ein Projekt, das mehrere Politikergenerationen beschäftigen wird. Das muss man an dieser Stelle auch sagen, weil Stadtentwicklung nun einmal ein langfristiger Prozess ist, der immer wieder dauern wird, der immer wieder Rückschläge mit sich bringt und wo man im konkreten Einzelfall die Probleme lösen muss.

Ich glaube, dass wir an diesen verschiedenen Stellen Pflöcke eingeschlagen haben, die Herr Bürgermeister Gloystein gerade erwähnt hat. Wir müssen diese jetzt weiterentwickeln, und wir müssen darüber hinaus versuchen, die Chancen, die sich aus der direkten City-Anbindung ergeben, kurzfristig in konkreten Projekten an diesem Übergang von City zur Hafenvorstadt entsprechend zu realisieren. Dies wird die Aufgabe für die nächsten vier bis fünf Jahre sein, und davon versprechen wir uns dann natürlich eine weitere Entwicklung von der Innenstadt in die anderen Bereiche und dann auch irgendwann mit einem Lückenschluss zum Beispiel zum Speicher XI über den Speicher I bis hin nach Gröpelingen.

Ich bin davon überzeugt, dass man dort, wenn es zu dem konkreten Widerspruch kommt, Frau Krusche, zwischen Wohnen und Arbeit, dann nach einzelnen Lösungen suchen muss, um beides auch tatsächlich möglich zu machen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das sagt sie doch!)

Da bin ich mir sicher, das kann gelingen.

Wir haben auch woanders, wenn zum Beispiel Wohnhäuser an Verkehrsstrecken wie Eisenbahnstrecken entstehen, immer wieder Möglichkeiten gefunden, dies auch sicherzustellen. Deshalb bin ich mir sicher, dass wir das auch in der Hafenvorstadt gewährleisten. Das ist eine wichtige stadtentwicklungspolitische Aufgabe. Diese wollen wir alle angehen, wollen alle Parteien angehen, und deshalb bin ich mir sicher, dass wir sie auch meistern werden. - Vielen Dank!

(Beifall)

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/312 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU - Zurufe von der SPD und von der CDU: Aber wohlwollend! - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sieht die Geschäftsordnung nicht vor, aber macht ja nichts!)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/314 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit Überzeugung!)

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Mitteilung des Senats, Drucksache 16/308 S, Kenntnis.

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 32 vom 5. April 2005** (Drucksache 16/310 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir am Ende der Sitzung der Stadtbürgerschaft angelangt. Ich wünsche Ihnen noch einen arbeitsreichen Tag, meine Damen und Herren!

(Schluss der Sitzung 12.26 Uhr)